

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/48

Bonn, den 10. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Ohne Konzeption und Führung

39

Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung in der Sackgasse

Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB

2

Zerfallserscheinungen

30

De Gaulle und die NATO

2

Walter Arendt

20

Der Mann der Bergarbeiter

3 - 7

ERINNERUNGEN AN 1946

240

Die Einheitspauke

Von Arno Scholz

+ + +

Ohne Konzeption und Führung !

Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung in der Sackgasse

Von Dr. med. Horst Schmidt, MdB

Es wird immer deutlicher erkennbar, daß die offizielle deutsche Gesundheitspolitik in eine Sackgasse geraten ist, aus der sie offensichtlich keinen Ausweg mehr weiß. Die Ursachen liegen auf der Hand: man kann weder eine Konzeption noch Führung erkennen.

Dabei hatte alles 1961 so schön angefangen. Die Bildung eines so wichtigen Fachministeriums war in der Erwartung neuer entscheidender Impulse auf die gesundheitspolitische Entwicklung allenthalben begrüßt worden. Doch erschöpfte sich die Tätigkeit des neuen Ministeriums im wesentlichen auf Verordnungsarbeit. Die wenigen ministeriellen Gesetzesvorlagen mußten vom Gesundheitsausschuß des Bundestages völlig umgestaltet werden, weil sie sonst unbrauchbar gewesen wären.

Viele Hoffnungen auf neuen Schwung in der 5. Legislaturperiode können nun auch begraben werden, denn es bleibt nicht nur alles beim alten, sondern das Bild ist noch trostloser geworden. Die von der Gesundheitsministerin im Gesundheitsausschuß und auch in der Öffentlichkeit vorgetragene "gesundheitspolitische Konzeption" besteht alleine aus gesundheitspolizeilichen und hygienischen Gesetzesnovellierungen, begleitet von unfertigen Verordnungsplänen, wozu die Ministerin noch einschränkend gestehen mußte, daß selbst für dieses Minimalprogramm noch nicht einmal die Zustimmung des Kabinetts vorläge.

Es ist keine Rede mehr von den großen gesundheitspolitischen Notwendigkeiten unserer modernen Industriegesellschaft, die endlich angepackt werden müssen: Vorsorge in allen Lebensbereichen, unterschiedene Bekämpfung der gesundheitsgefährdenden Umwelteinflüsse, Förderung unserer Krankenhäuser und Systematisierung der gesundheitspolitischen Grundlagenforschung. Selbst bei "kleineren" Problemen wie den Berufs- und Gebührenordnungen, angefangen von den Ärzten bis zu den Hebammen, hat man Schwierigkeiten, ganz zu schweigen von der Haltung in der Frage der Pflegesatzverordnung.

Wir brauchen ein Gesundheitsministerium, das sich nicht hinter mangelnden Kompetenzen verschanzt, sondern seine vorhandenen Möglichkeiten voll ausschöpft, das im Kabinett auf andere, ebenfalls mit gesundheitspolitischen Fragen befaßten Ressorts überzeugenden Einfluß nimmt, das sich endlich gemeinsam mit den Ländern an die großen Aufgaben heranmacht. Da dies bisher gefehlt hat und auch weiter zu fehlen scheint, entsteht unter der Verantwortung dieser Bundesregierung ein kaum wieder gutzumachender Schaden.

Zerfallerscheinungen

De Gaulle und die NATO

sp - Der französische Staatschef de Gaulle sorgt schon dafür, daß er seinen Ruf, ein Mann von eigenwilliger Konsequenz zu sein, beibehält. Er strebt einen Rückzug aus der NATO an, da sie für ihn keinen Bündniswert besitzt, er glaubt Frankreichs Stellung allein durch zweiseitige Abkommen besser wahren und festigen zu können, und er möchte die USA aus Europa verdrängen - ein Ziel, das, würde es in den nächsten Jahren verwirklicht, für uns Deutsche folgenschwere Auswirkungen hätte. US-Präsident Johnson, durch den Vietnam-Krieg ohnehin mit bedrückenden Sorgen belastet, hat recht schnell auf de Gaulles Brief geantwortet, für die USA zweiseitige Verhandlungen mit Frankreich abgelehnt und auf den einzigen Adressaten verwiesen, der dafür zuständig ist - die NATO insgesamt. Es hat wenig Sinn, darüber zu spekulieren, welche Motive den französischen Staatschef gerade jetzt zu seinen aufsehenerregenden Initiativen bewegen haben; ein sehr entscheidendes Motiv dürfte allerdings die für den Juli bevorstehende Moskau-Reise de Gaulles sein. Die französische kommunistische Presse stimmt frohlockende Töne an und berauscht sich an der Vision einer in Auflösung befindlichen Atlantischen Gemeinschaft. Die deutsche Politik wird gut daran tun, keine Ungewisheit über die Haltung der Bundesrepublik aufkommen zu lassen. Sie kann keiner Disintegration zwischen den USA und Europa zustimmen oder ihr Vorschub leisten, das gebietet schon der Blick auf Berlin und die Wahrung unserer eigenen Sicherheit. Helmut Schmidt hat kürzlich auch davor gewarnt, mit eigenen deutschen Vorschlägen zur fälligen Reform der NATO aufzuwarten, das könnte mißverstanden werden. Zunächst haben die anderen Bündnispartner den Vortritt. Das sollte uns freilich nicht daran hindern, durch zweiseitige Verzahnungen mit Frankreich auf den Gebieten der Elektronik der Luftfahrt, der Raumfahrt und der nicht nuklearen Rüstung gemeinsame Entwicklungen einzuleiten, die starke Bindungen schaffen. Ein solches Vorhaben trägt keinen explosiven Charakter. Es könnte auch für das Frankreich de Gaulles von hohem Wert sein.

* * *

Walter Arendt - Der Mann der Bergarbeiter

sp - Von allen Gewerkschaftsführern in der Bundesrepublik trägt wohl Walter Arendt, der agile Vorsitzende der IG Bergbau und Mitglied des Bundestages, nun die schwerste Last. Er selbst stammt aus einer Bergarbeiterfamilie. Durch immensen Fleiß erwarb sich der heute 41-Jährige und früh Ergraute ein umfassendes Wissen, das ihn befähigt, die Interessen seiner Kumpels wirkungsvoll zu vertreten. Die deutschen Bergarbeiter konnten sich keinen besseren Vertreter wünschen. Wann immer Walter Arendt im Bundestag spricht - und die nun fast achtjährige Strukturkrise im Bergbau gab ihm dazu wiederholt Gelegenheit - findet seine Stimme Beachtung, kann sich niemand der Eindringlichkeit seiner Argumentation entziehen. In den Massenversammlungen der Bergarbeiter schlagen ihm die Herzen der Zuhörer entgegen, denn sie spüren, hier spricht einer, der ganz zu ihnen gehört und ihre Sorgen teilt. Und sie haben große Sorgen. Zehntausende Bergarbeiter bangen um ihre Existenz. Auf ihrem Rücken rächt sich der Mangel einer Energiekonzeption der Bundesregierung. Die Kumpels sind verbittert und ein dunkles Gefühl der Staatsverdrossenheit breitet sich aus. Bundeskanzler Erhard darf sich im Ruhrgebiet nicht mehr sehen lassen. Wie wäre erst die Lage im Revier, gäbe es nicht Männer wie Walter Arendt, deren Einfluß bisher Explosionen verhinderte?

* * *

ERINNERUNGEN AN 1946

Von Arno Scholz

Die Einheitspauke

Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, die mit besonderen Aufträgen von Moskau nach Berlin geflogen worden waren, sollten die politische Führung über den nach der Kapitulation von ihnen besetzten Teil Deutschlands an sich reißen. Nach Erreichung dieses Zieles wollten die Sowjets ihre Truppen zurückziehen und dadurch die anderen Besatzungsmächte zwingen, dies ebenfalls zu tun. Dann wollten sie von Berlin aus weiterbauen und in ganz Deutschland alle wichtigen Positionen mit ausreife-nden Kommunisten besetzen. Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht spürten aber bald, daß das Auftreten der sowjetischen Armee in Deutschland und insbesondere in Berlin jede Chance zerschlagen hatte, eine starke kommunistische Partei aufzubauen. Sie schalteten um und waren plötzlich für eine "eigene Arbeiterpartei".

Aus der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei sollte eine Sozialistische Einheitspartei entstehen. In dieser Neubildung sollten die Sozialdemokraten trotz ihrer wesentlich stärkeren Mitgliederzahlen mit einer paritätischen Zusammensetzung der Führungsgremien auf allen Ebenen einverstanden sein. Dieses Zugeständnis wurde nach vollzogener Zwangsvereinigung schnell vergessen.

- * Wäre eine solche Zwangsvereinigung in Berlin geglückt, dann hätten
- * die drei Westmächte bald ihre Berechtigung verloren, in Berlin zu
- * bleiben, denn die SED wäre zur stärksten Partei geworden und hät-
- * te dies bald ausgelegt als eine Bekundung der Mehrheit der Bevöl-
- * kerung gegen die westlichen Besatzungsmächte.
- * Wäre die Zwangsvereinigung auch in den drei Westzonen möglich ge-
- * worden, dann hätte Deutschland sehr bald das Schicksal von Polen
- * und der Tschechoslowakei teilen müssen, mindestens aber wäre
- * - wie in Frankreich und Italien - eine starke kommunistische
- * Partei entstanden.

Die Konferenz von Wennigsen

Unmittelbar nach Gründung der Parteien war Kurt Schumacher bestrebt den bis dahin nur durch Briefwechsel aufgenommenen Kontakt mit anderen Sozialdemokraten durch persönliche Gespräche zu ergänzen. Obwohl die politischen Parteien nur auf Kreisebene zugelassen waren, lud er zum 3. Oktober einige politische Freunde nach Hannover ein.

Als der britische Kommandant von Hannover Schwierigkeiten machte, verlegte er die Konferenz nach Wennigsen bei Hannover. Dorthin fuhren auch Otto Grotewohl und Max Fechner. Otto Grotewohl wollte nicht einsehen, daß die Spitze der SPD nicht in der sowjetischen Besatzungszone oder im Sowjetsektor von Berlin liegen und den Druck dieser Besatzungsmacht ausgesetzt sein durfte. Mit dieser Entscheidung sollte eigentlich Otto Grotewohl gehorcht werden. Grotewohl forderte trotzdem den ersten Parteitag der SED nach Berlin zu legen. Die sowjetische Besatzungsmacht unterstützte diese Bemühungen. Sie war auch daran interessiert, die Büros der SPD-Organisation für alle Zonen in ihrem Sektor in Berlin zu haben.

Im November 1945 kam es noch einmal zu einer Zusammenkunft zwischen Kurt Schumacher und Otto Grotewohl in Braunschweig. Auch bei dieser Begegnung begriff Otto Grotewohl nicht, daß ihm mit der Verlagerung der Führung der SPD in die drei Westzonen geholfen werden sollte. Er sah

nur, daß die Führung der deutschen Sozialdemokratie nicht bei ihm liegen würde, und dies einfach hinnehmen, ließ sein Ehrgeiz nicht zu. Otto Grotewohl wollte die Zwangsvereinigung nicht, wollte schon gar nicht Kommunist werden, war aber leider nicht standhaft genug für diese Phase der Auseinandersetzung.

Die Berliner wehren sich

In den meisten Berliner Familien waren die Weihnachtsfeiertage des Jahres 1945 voller Bitterkeit. Nicht einmal die Kinder konnten eine Überraschung erhalten. Die Frauen versuchten - oft vergeblich - wenigstens an diesen Tagen den Tisch so zu decken, als ginge es schon etwas voran in der Lebensmittelversorgung.

Die Weihnachtsfeiertage waren auch sonst überschattet: viele Väter und Söhne lagen in fremder Erde, von anderen fehlte jede Nachricht. Zwar schwiegen die Kanonen, es war aber schon abzusehen, daß es noch eine lange Zeit dauern würde, ehe Frieden über die Welt kommt. Die Sowjets versuchten mit Überredungskünsten, ihre Zone und ganz Berlin in ihren Machtbereich zu ziehen. Aber wer gelegentlich mit ihnen zusammenkam, spürte unverkennbar die Stunde näherrücken, in der sie die Maske fallen lassen und ihr Ziel mit aller Brutalität durchsetzen würden.

Die 60er-Kommission hatte noch Spielraum und Zeit, um die ideologische Ausgleicheung der beiden Arbeiterparteien herbeizuführen. Aber es zeigte sich bereits, daß diejenigen Recht behalten würden, die vorausgesehen hatten, die Strategie des Hinhaltens würde höchstens Zeitgewinn bedeuten, die Sowjets aber nicht von ihren Plänen abbringen. Viele Sozialdemokraten, die das wahrnahmen, gingen nicht mehr in das SPD-Haus in der Behrensstraße. Sie hatten längst die Hoffnung aufgegeben, daß Otto Grotewohl, Max Fechner und die übrigen Mitglieder des Zentralausschusses der SPD noch lange Widerstand leisten würden. Sie suchten darum mit ihren politischen Freunden im Gebiet der drei Westzonen Kontakt aufzunehmen und wollten damit erreichen, daß die Gesamtpartei die Entscheidung über eine Vereinigung auf sich nähme und die von einzelnen Zonen nicht akzeptiere. Wie richtig diese Bemühungen waren, zeigte sich sehr bald im neuen Jahr. Am 15. Januar 1946 nahm der Zentralaus-schuß der SPD eine EntschlieÙung an, in der er praktisch vor der KPD kapituliert. Am 20. Januar 1946 kritisierte eine Funktionärsversammlung der SPD im Admiralspalast diese EntschlieÙung und forderte Zurückstellung jeglicher Entscheidung bis zu einem Parteitag aller SPD-Organisationen in allen Zonen.

Der Zentralauschuß hatte inzwischen beschlossen, daß in jedem Kreis in Berlin gemeinsame Funktionärsversammlungen zwischen der SPD und der KPD durchzuführen seien, so auch in Wilmersdorf am 21. Januar 1946 in der Schule am Nikolausburger Platz. Für die Kommunisten sprach der stellvertretende Bürgermeister Fuchs und für die Sozialdemokraten hatte ich das Referat übernommen.

Meine Ausführungen gipfelten in der Feststellung: das Treuebekenntnis der Kommunisten zur "kämpferischen Demokratie" - das sie damals so gerne im Munde führten - sei doch der Beweis, daß sie die politische Entscheidung nur dann in die Parlamente legen wollen, wenn diese eine ihnen genehme Mehrheit haben.

Nicht zu widerlegen war vor allem das Argument, daß, wenn die Sozialdemokraten sich zur Einheitspartei entscheiden würden, sie sich von ihren politischen Freunden in den Westzonen trennen müßten, mit denen sie Jahrzehnte zusammengestanden haben. Die Sozialdemokraten wußten nicht, ob die neue Freundschaft, die sie schließen sollen, das aufwiegt, was sie aufgeben.

Die Kommunisten randalierten über diese "Gefühlsbetonung" und hierbei zeigten sie schneller als wir erhoffen durften, ihr wahres Ge-

sicht. Sie unterbrachen jede weitere Diskussion mit einem Kampfgesang und gaben damit einen drastischen Anschauungsunterricht für den Mangel an Verständigungsbereitschaft.

Die Sozialdemokraten in den drei Westzonen antworteten bereits am 25. Januar 1946 mit der Erklärung, daß nur ein SPD-Gesamtparteitag über ein Zusammengehen der beiden Parteien eine Entscheidung treffen könne. Am 2. Februar gab Otto Grotewohl seine Antwort und am 11. Februar beschloß der Zentralaussschuß der SPD gegen eine starke Minderheit, die Vereinigung der beiden Parteien, der SPD und KPD, zu einer Einheitspartei in der Sowjetzone und in Berlin durchzuführen.

Keine Grabstelle weist ihre Namen auf

Diese Entscheidung bewirkte Protestaktionen in Leipzig, Rostock, in Halle, aber vor allem in Berlin. In der Ostzone konnten die sowjetischen Bezirkskommandanten den Widerstand mit brutaler Gewalt ersticken. Hunderte von aufrechten Männern und Frauen wurden verhaftet oder verschleppt, ganze Familien aus den Wohnungen geworfen, auseinandergerissen, nicht nur um die zu treffen, die Widerstand leisteten, sondern auch um gleichzeitig andere weitere damit abzuschrecken.

Von vielen Sozialdemokraten, die sich tapfer wehren wollten, wurde nie wieder etwas gehört. Sie sind in der Sowjetunion oder in der Sowjetzone zu Tode gepeinigt und irgendwo verscharrt worden. Keine Grabstelle weist ihre Namen auf.

Auch viele Berliner verschwanden ins Irgendwo. Nur ein Fall sei herausgegriffen: ein Gewerkschaftler Volkmann aus Wilmersdorf hatte in einem Referat in Wustemark einmal anstatt Uhr das Wort "Uhr" gebraucht. (Das Wort hatten die sowjetischen Soldaten uns entgegengerufen, als sie unsere Uhren abforderten.) Sowjetische Offiziere, die die Veranstaltung überwachten, verhafteten Volkmann. Weder seine Familie noch wir haben jemals erfahren, wohin er kam und wo er starb.

In Berlin wehrten sich Sozialdemokraten in allen Bezirken - auch im Sowjetsektor - gegen die Entscheidung des Zentralaussschusses. Wie zu Hitlers Zeiten trafen sie sich - zunächst waren es sieben - in einem Hinterzimmer des Textilgeschäftes von Kurt Swolinsky in Tempelhofer Franz Neumann kam aus Reinickendorf, Gerhard Außner aus Spandau, Ida Wolff aus Kreuzberg, Dr. Klaus Peter Schulz aus Charlottenburg, Karl Diegner und ich aus Wilmersdorf.

Dieser kleine Kreis war fest entschlossen, alles zu unternehmen, um die Zwangsvereinigung wenigstens in Berlin zu verhindern.

Die Zone rebelliert gegen die Einheitspartei

Meine Hauptsorge war zu dieser Zeit, soviel Druckpapier zu beschaffen, um täglich 100 000 Exemplare in die Westzonen zu bringen und 130 000 in die sowjetische Besatzungszone. Das Interesse für Berlin mußte im Westen wachgehalten werden, und die Bewohner der Zone täglich informiert werden.

Daß Otto Grotewohl der sowjetischen Strategie erliegen und damit dem Zentralaussschuß der SPD die Zwangsvereinigung vollziehen würde, wurde immer klarer. Eine Verhaftungswelle sollte den letzten Widerstand brechen.

Aus den Betrieben wurden die aktiven Mitglieder der SPD herausgeholt, die sich gegen die Vereinigung ausgesprochen hatten. Die Verhaftung erfolgte durch sowjetische Soldaten und die Begründung war immer, der Betroffene sei ein Feind der Sowjets.

In jenen Tagen erzählte mir ein Gefängnisdirektor aus einer mitteldeutschen Stadt, daß täglich Sozialdemokraten bei ihm eingeliefert würden, die schon in der Nazizeit sechs bis acht Jahre dort gesessen hätten. Besonders schwierig hatten es die Sozialdemokraten in der Zone, auf deren Mitwirkung bei der Zwangsvereinigung die Sowjets Wert legten, vor allem zum Zwecke der Tarnung der neuen Einheitspartei.

Der Sekretär der SPD in Schwerin, Willi Jesse, wurde verschleppt. Erst nach acht Jahren sahen wir ihn wieder. Das Brandenburger Büro der SPD wurde von Berlin nach Potsdam verlegt, weil man sich des Leiters dieses Büros, eines Sohnes des ersten Reichspräsidenten mit gleichem Vornamen, Friedrich Ebert, versichern wollte. Ebert ging in die Falle, war in Potsdam dann abwechselnd unter sowjetischem Druck oder unter Alkohol, den man ihm freizügig zur Verfügung stellte. In wenigen Wochen war sein Widerstand gebrochen. Allerdings spürten die Sowjets bald, daß sie nicht gerade einen begabten Sohn des ersten Reichspräsidenten gewonnen hatten. Sie änderten ihre Pläne. Friedrich Ebert jr. wurde nicht, wie zuerst vorgesehen, Präsident der 1949 gebildeten "DDR", sondern nur Oberbürgermeister von Ostberlin.

Louise Ebert, die in Berlin hochgeschätzte Frau des verstorbenen Reichspräsidenten, und ein Sohn, - zwei ältere Söhne sind im ersten Weltkrieg gefallen - lebten zu der Zeit in Heidelberg und versuchten, Friedrich Ebert jr. aus der Umklammerung der Sowjets zu befreien. Die Familienkontakte wurden zwar noch eine Zeitlang aufrecht erhalten, aber als Louise Ebert in Heidelberg starb, wagte Friedrich Ebert nicht einmal zur Beerdigung seiner Mutter nach Heidelberg zu fahren, sondern schickte nur seine beiden Söhne.

In der Behrensstraße waren seit dem Jahreswechsel 1945/46 Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht bereits ständige "Gäste". Das Haus betrat ich nur, um diesem oder jenem zuzureden, seine dortige Funktion aufzugeben. Als ich bei einem dieser Besuche auf dem Gang Wilhelm Pieck begegnete, der unsere Familie und auch mich kannte - meine Mutter hatte in der sozialistischen Jugend mitgewirkt und mitgeholfen, die in Berlin von Wilhelm Pieck gebildete Kommunistische Jugend in ihre Schranken zu weisen -, machte Wilhelm Pieck Max Fechner große Vorwürfe, daß er mich noch in der Behrensstraße dulde.

Grotewohl und Fechner konnten jedoch nicht verhindern, daß die beschlossene SED-Funktionärskonferenz angesetzt werden mußte. Sie beriefen sie zum 1. März 1946 in die damalige Berliner Staatsoper im Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße ein. Das Tagungsort lag also wieder im sowjetischen Sektor.

Die sowjetischen Soldaten unterstützten den Zentralausschuß, Aufsässige am Betreten des Saales zu hindern. Aber alle Intrigen

nutzten nichts. Franz Neumann verkündete nach dem Referat von Otto Grotewohl eine Resolution der Reinickendorfer Sozialdemokraten, in der diese forderten, in einer Urabstimmung festzustellen, ob die Vereinigung der SPD mit der Kommunistischen Partei erfolgen sollte.

Nach stürmischer Debatte, in der Otto Grotewohl mehrmals versuchte, die Abstimmung zu verhindern, beschloß eine überwältigende Mehrheit die Urabstimmung. Nach diesem stolzen Erfolg gegenüber der Führungsspitze unter Grotewohl und Fechner fielen sich die Delegierten in die Arme, und selten gab es wohl unter erwachsenen Männern eine solche Ausgelassenheit und Begeisterung. Hofften doch alle, den gewaltigen Durchbruch getan zu haben und befreit zu sein von dieser Kuhhandelei.

Entscheidende Abstimmung

Der Tag der Urabstimmung rückte näher. Am Sonntag, dem 31. März 1946 gingen die Berliner Sozialdemokraten in ihre Parteibüros, um die erste demokratische Abstimmung nach der Kapitulation durchzuführen. Noch in der Nacht zuvor hatten die sowjetischen Besatzungsbehörden in den acht Bezirken Berlins, die zum Sowjetischen Sektor gehören, die Abstimmung untersagt. Der Anlaß zu diesem Verbot war kein Zeichen von Stärke, sondern die Besorgnis, daß die Prozentzahlen im Ostsektor noch größer sein könnten, als in den übrigen drei Sektoren.

- * Von 23 755 stimmberechtigten Sozialdemokraten in den drei
- * Westsektoren stimmten 19 539, rund 83 Prozent, gegen die
- * Zwangsvereinigung.

Der Zentralausschuß antwortete mit weiteren Ausschlüssen. Das Ziel war klar erkennbar: die Ausschlüsse sollten so gesteigert werden bis der Parteitag der SPD eine vereinigungswillige Mehrheit zur Verfügung hat. Um denen, die immer noch glaubten, auf dem Parteitag eine Mehrheit gegen die Zwangsvereinigung zustande bringen zu können, die Entscheidung aus der Hand zu nehmen, ließ ich in der Vorstandssitzung der Wilmerdorfer Organisation beschließen, daß sie sich vom Zentralausschuß trenne und selbstständig macht. Zugleich forderte ich, daß noch vor dem angesetzten Parteitag die dafür bereits gewählten Delegierten aller Kreise zusammentreten sollten, und zwar in einem der drei Westsektoren.

Mit dieser Entscheidung ging ich in die Redaktion des "Berliner" und ließ eine Notiz einsetzen, die am nächsten Tag eine Sensation in Berlin war. Den Protesten dagegen begegnete ich mit der Poststellung, alle die gegen einen Vereinigungsparteitag aufgetreten sind, würden diesen nicht mehr miterleben, sondern vorher ausgeschlossen sein. Von denen, die noch zugelassen sein würden, könnten wir nicht erwarten, daß sie unsere Auseinandersetzung fortführen, um eine Mehrheit gegen die Vereinigung zustande zu bringen. Dann hatte die Sozialdemokratische Partei Berlins aufgehört zu existieren.